

Schriften zum Umweltrecht

Band 193

Haftung und Versicherung beim Betreiben von Windenergieanlagen

Von

Florian Schulz



Duncker & Humblot · Berlin

FLORIAN SCHULZ

Haftung und Versicherung beim Betreiben
von Windenergieanlagen

Schriften zum Umweltrecht

Herausgegeben von Prof. Dr. Michael Kloepfer, Berlin

Band 193

Haftung und Versicherung beim Betreiben von Windenergieanlagen

Von

Florian Schulz



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich V – Rechtswissenschaft – der Universität Trier
hat diese Arbeit im Jahre 2019 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2020 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0935-4247

ISBN 978-3-428-18052-3 (Print)
ISBN 978-3-428-58052-1 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Für Laurie

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2019 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Trier als Dissertation angenommen. Sie ist während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umwelt- und Technikrecht der Universität Trier (IUTR) entstanden, wobei das Manuskript im Wesentlichen im Frühjahr 2018 abgeschlossen wurde. Schriftum und Rechtsprechung wurden bis einschließlich September 2018 berücksichtigt. Aktuelle Geschehnisse konnten teils bis März 2020 Berücksichtigung finden.

Mein ganz besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Peter Reiff, der mein Interesse an der vertieften wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsfragen, insbesondere auch zum Umweltprivat- und Technikrecht, stets vitalisierte und förderte. Der Entschluss, diese Arbeit anzufertigen, ist maßgeblich auf sein Engagement als Professor zurückzuführen. Als Doktorvater unterstützte er mich und die Entstehung dieser Arbeit stets mit seiner ganzen Kraft, wobei er mir jede wissenschaftliche Freiheit ließ.

Bei Herrn Prof. Dr. Jens Kleinschmidt bedanke ich mich für die Erstellung des Zweitgutachtens sowie seine hilfreichen Anmerkungen. Herrn Prof. em. Dr. Michael Kloepfer danke ich für die Aufnahme meiner Arbeit in diese Schriftenreihe.

Ein besonderer Dank gebührt auch meinen Eltern, Bettina Schulz und Dr. Jürgen Michael Schulz, die mir während meines bisherigen Lebenswegs stets bestanden und mich in jeder erdenklichen Weise förderten. Bei meinem Vater bedanke ich mich zudem für das sorgfältige Lektorat.

Schließlich möchte ich meiner wunderbaren Frau danken. Diese Arbeit wäre ohne ihren Rückhalt, ihre Geduld sowie ihren Zuspruch nicht entstanden. Ihr ist die Arbeit gewidmet.

Trier, im Mai 2020

Florian Schulz

Inhaltsübersicht

Einleitung	29
<i>1. Kapitel</i>	
Das anwendbare Recht	32
A. Der Offshore Begriff	32
B. Der völkerrechtliche Rahmen	33
C. Grundlagen zum Bau und der Installation von Offshore-Windenergieanlagen	36
D. Anwendbarkeit deutschen Privatrechts im Küstenmeer Deutschlands	38
E. Anwendbarkeit deutschen Privatrechts in der ausschließlichen Wirtschaftszone Deutschlands	38
F. Sachenrechtliche Anknüpfung	44
G. Deliktische Anknüpfung	58
H. Vertragliche Anknüpfung	73
<i>2. Kapitel</i>	
Eigentumsverhältnisse an Windenergieanlagen	87
A. Eigentumsverhältnisse an Windenergieanlagen auf dem Festland	88
B. Eigentumsverhältnisse an Offshore-Windenergieanlagen	121
<i>3. Kapitel</i>	
Haftungsrisiken	125
A. Dauereinwirkungen im Nachbarverhältnis	126
B. Außergewöhnliche Schadensereignisse	228
C. Ökologische Schäden	310

	<i>4. Kapitel</i>	
	Versicherung	328
A.	Allgemeine Versicherungsbedingungen	329
B.	Betriebshaftpflichtversicherung	330
C.	Umwelthaftpflichtversicherung	348
D.	Umweltschadensversicherung	359
E.	Zwischenfazit	365
	Fazit	367
	Literaturverzeichnis	373
	Entscheidungsregister	396
	Stichwortverzeichnis	410

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	29
<i>1. Kapitel</i>	
Das anwendbare Recht	32
A. Der Offshore-Begriff	32
B. Der völkerrechtliche Rahmen	33
I. Basislinie und innere Gewässer	33
II. Küstenmeer	34
III. Ausschließliche Wirtschaftszone und Festlandsockel	35
IV. Hohe See	36
C. Grundlagen zum Bau und der Installation von Offshore-Windenergieanlagen	36
D. Anwendbarkeit deutschen Privatrechts im Küstenmeer Deutschlands	38
E. Anwendbarkeit deutschen Privatrechts in der ausschließlichen Wirtschaftszone Deutschlands	38
I. Meinungsstand	39
II. Stellungnahme: Rechtsbestimmung durch das Kollisionsrecht	41
III. Ergebnis	43
F. Sachenrechtliche Anknüpfung	44
I. Überblick über den Meinungsstand	44
II. Kritische Analyse	45
1. Keine Anwendbarkeit des Art. 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 EGBGB auf Offshore-Windenergieanlagen	45
2. Anwendung des Art. 43 Abs. 1 EGBGB	48
a) Der Staatsbegriff des Art. 43 Abs. 1 EGBGB	48
aa) Gesetzesgenese	49
bb) Sprachgebrauch	49
cc) Systematik	50
dd) Sinn und Zweck	51
ee) Zwischenergebnis: Analogie oder Auslegung?	53
b) Ergebnis	54
3. Unzweckmäßigkeit sonstiger Ersatzanknüpfungen	54
4. Ersatzanknüpfung bei Windenergieanlagen auf Hoher See	56
5. Zusammenfassung	57

G. Deliktische Anknüpfung	58
I. Internationale Übereinkommen	58
1. Schiffseigenschaft von Offshore-Windenergieanlagen	58
2. Anwendungsbereich internationaler Übereinkommen im Einzelnen	60
a) Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über den Zusammenstoß von Schiffen vom 23.09.1910	60
b) Internationales Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden	61
c) Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen vom 19.11.1976	62
d) Straßburger Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt	64
3. Ergebnis	64
II. Rechtsbestimmung durch die Rom II-VO	65
1. Rechtswahl und gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt	65
2. Erfolgsort nach Art. 4 Abs. 1 Rom II-VO	66
3. Umweltschädigung nach Art. 7 Rom II-VO	68
4. Sicherheits- und Verhaltensregeln nach Art. 17 Rom II-VO	70
5. Zwischenergebnis	70
III. Windenergieanlagen auf Hoher See	70
IV. Zusammenfassung	72
H. Vertragliche Anknüpfung	73
I. Das anwendbare Versicherungsvertragsrecht	74
1. Windenergieanlagen in der ausschließlichen Wirtschaftszone	75
2. Windenergieanlagen auf Hoher See	79
II. Auf das Einspeiseverhältnis anzuwendende Recht	80
1. Anwendbarkeit der Rom I-VO auf das gesetzliche Schuldverhältnis aus § 7 EEG	80
2. Maßgebliche Kollisionsnorm	82
3. Zwingende Regelungen des EEG	86
III. Zusammenfassung	86
<i>2. Kapitel</i>	
Eigentumsverhältnisse an Windenergieanlagen	87
A. Eigentumsverhältnisse an Windenergieanlagen auf dem Festland	88
I. Grundlagen zum Bau und der Befestigung von Windenergieanlagen auf dem Festland	88
1. Fundament	89
2. Turmaufbau	90
II. Eigentumsverhältnisse an installierten Windenergieanlagen nach den §§ 946, 93 ff. BGB	90

Inhaltsverzeichnis	13
1. Windenergieanlagen als wesentlicher Bestandteil des Grundstücks	92
a) Bestandteilseigenschaft	93
aa) Kein Fall des § 95 BGB	95
(1) Vorübergehender Zweck nach § 95 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB	96
(a) Nutzungsdauer und vorübergehender Zweck	98
(b) Umqualifizierung zum Scheinbestandteil	101
(2) Rechtsausübung nach § 95 Abs. 1 S. 2 BGB	106
(3) Zwischenergebnis	108
(4) Exkurs: Scheinbestandteilseigenschaft von Anlagen auf betreibereigenen Grundstücken	108
bb) Zusammenfassung	109
b) Wesentlichkeit	110
aa) Meinungsstand in der Rechtswissenschaft	110
bb) Inkongruenz der Rechtsprechung	111
cc) Windenergieanlagen als mit dem Boden fest verbundene Sachen nach § 94 Abs. 1 BGB	112
(1) Windenergieanlagen als Gebäude	113
(2) Windenergieanlagen als mit dem Boden fest verbundene Sachen	114
(3) Zwischenergebnis	117
dd) Windenergieanlagen als zur Fertigstellung eingefügte Sachen nach § 94 Abs. 2 BGB	117
ee) Zwischenergebnis	119
2. Ergebnis	120
B. Eigentumsverhältnisse an Offshore-Windenergieanlagen	121
I. Grundstückseigentum im Küstenmeer	121
II. Grundstückseigentum in der ausschließlichen Wirtschaftszone Deutschlands	122
III. Auswirkung auf die Eigentumsverhältnisse	122
IV. Ergebnis	124
<i>3. Kapitel</i>	
Haftungsrisiken	125
A. Dauereinwirkungen im Nachbarverhältnis	126
I. Zentrale Regelungen	127
1. Eigentumsfreiheitsanspruch aus § 1004 Abs. 1 BGB	127
a) Anspruchsinhaber	128
b) Eigentumsbeeinträchtigung	128
c) Störereigenschaft	129
aa) Betreiber und Betriebsführer	130

bb) Grundstückseigentümer	132
cc) Sicherungsnehmer	134
dd) Mehrheit von Störern	136
d) Wiederholungsgefahr	136
e) Rechtswidrigkeit	136
aa) § 906 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 S. 1 BGB	137
(1) Unwesentliche Beeinträchtigung	137
(2) Ortsübliche Benutzung	138
(3) Erwägungen des Umweltschutzes und § 906 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 S. 1 BGB	140
bb) § 14 S. 1 BImSchG	141
2. Quasinegatorischer Schutz aus analog § 1004 Abs. 1 BGB i. V. m. § 823 Abs. 1 BGB	143
3. Weitere Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche	144
4. Nachbarrechtliche Ausgleichsansprüche	144
5. Keine Anwendbarkeit des Umwelthaftungsgesetzes	146
II. Geräuschimmissionen	147
1. Anspruch aus § 1004 Abs. 1 BGB	148
a) Geräuschimmission als Eigentumsbeeinträchtigung	148
b) Störereigenschaft	149
c) Rechtswidrigkeit	149
aa) Gemengelage	151
bb) Vorbelastung	153
d) Ergebnis	155
2. Finanzieller Ausgleich für Geräuschimmissionen	155
3. Zusammenfassung	156
III. Schattenwurf	156
1. Anspruch aus § 1004 Abs. 1 BGB	158
a) Beschattung als Eigentumsbeeinträchtigung	158
aa) Landesrechtliches Lichtrecht	158
bb) Negative Immissionen als Eigentumsbeeinträchtigung	160
(1) Meinungsstand	161
(2) Stellungnahme	162
(a) Begriff der Einwirkung	162
(b) Systematik	163
(c) Gesetzesmaterialien	164
(d) Gesetzeszweck	165
(e) Zwischenergebnis	166
(3) Ergebnis	167
b) Störereigenschaft	168
c) Rechtswidrigkeit	169
aa) Anwendbarkeit des § 906 BGB auf negative Immissionen	169

bb) Duldungspflicht aus § 906 BGB	171
cc) Duldungspflicht aus § 14 S. 1 BImSchG	173
d) Ergebnis	173
2. Anspruch aus analog § 1004 Abs. 1 BGB i.V.m. § 823 Abs. 1 BGB bei Gesundheitsbeeinträchtigung	174
3. Finanzieller Ausgleich für Beschattung	176
4. Zusammenfassung	178
IV. Ästhetische Immissionen	178
1. Rechtserhebliche Beeinträchtigung	179
2. Ergebnis	181
V. Lichtimmissionen	181
1. Anspruch aus § 1004 Abs. 1 BGB	182
a) Lichtimmission als Eigentumsbeeinträchtigung	182
aa) Sonnenlichtreflexion	182
bb) Hinderniskennzeichnung	184
b) Störereigenschaft	184
c) Rechtswidrigkeit	185
aa) Lichtimmission als ähnliche Einwirkung nach § 906 Abs. 1 S. 1 BGB	186
bb) Wesentlichkeit der Lichtimmission nach § 906 Abs. 1 S. 1 BGB	186
(1) Zivilgerichtliche Beurteilung	187
(2) Verwaltungsgerichtliche Beurteilung	188
(3) Behandlung von Lichtimmissionen in den LAI	189
(4) Bewertung der Anforderungen an die Wesentlichkeit ..	190
(5) Zwischenergebnis	192
cc) Ortsüblichkeit der Lichtimmission nach § 906 Abs. 2 S. 1 BGB	193
d) Ergebnis	195
2. Anspruch aus analog § 1004 Abs. 1 BGB i.V.m. § 823 Abs. 1 BGB bei Gesundheitsbeeinträchtigung	195
3. Finanzieller Ausgleich für Lichteinwirkungen	196
4. Zusammenfassung	196
VI. Elektromagnetische Interferenzen	196
VII. Windentzug	200
1. Anspruch aus § 1004 Abs. 1 BGB	202
a) Anspruchsinhaber	202
b) Windentzug als Eigentumsbeeinträchtigung	202
c) Störereigenschaft	203
d) Rechtswidrigkeit	204
aa) Duldungspflicht des Fahrniseigentümers aus § 906 BGB ..	204
bb) Wesentlichkeit des Windentzugs nach § 906 Abs. 1 S. 1 BGB	205

cc) Ortsüblichkeit des Windentzugs nach § 906 Abs. 2 S. 1 BGB	206
dd) Duldungspflicht aus § 14 S. 1 BImSchG	207
e) Ergebnis	209
2. Finanzieller Ausgleich für Windentzug	209
a) Nachbarrechtliche Ausgleichsansprüche	210
b) Deliktische Ersatzansprüche	211
aa) Ersatzanspruch aus § 823 Abs. 1 BGB	211
bb) Ersatzanspruch aus § 823 Abs. 1 BGB i. V. m. dem Rechtsinstitut des eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebs	213
cc) Ergebnis	216
3. Zusammenfassung	216
VIII. Nachlaufströmung	216
1. Anspruch aus § 1004 Abs. 1 BGB	218
a) Nachlaufströmung als Eigentumsbeeinträchtigung	218
b) Störereigenschaft	219
c) Rechtswidrigkeit	220
aa) Besonderheiten der Wesentlichkeit nach § 906 Abs. 1 S. 1 BGB	220
bb) Besonderheiten der Ortsüblichkeit nach § 906 Abs. 2 S. 1 BGB	222
d) Ergebnis	222
2. Finanzieller Ausgleich für Turbulenzeinwirkungen	223
a) Ersatzanspruch aus § 823 Abs. 1 BGB	223
b) Ersatzanspruch aus § 823 Abs. 1 BGB i. V. m. dem Rechtsinstitut des eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebs ..	225
3. Zusammenfassung	226
IX. Zwischenfazit	226
B. Außergewöhnliche Schadensereignisse	228
I. Bruchschäden	228
1. Anspruch aus § 1004 Abs. 1 BGB	230
a) Anspruchsinhaber	231
b) Belastung durch Anlagenteile als Eigentumsbeeinträchtigung ..	231
c) Störereigenschaft	231
d) Rechtswidrigkeit	233
e) Ergebnis	234
2. Anspruch aus Art. 10 Abs. 1 WBÜ, § 2 WBKostDG i. V. m. §§ 683, 670 BGB in Betracht auf havarierte Offshore-Windenergieanlagen	234
a) Haftungsvoraussetzungen	235
b) Ergebnis	236
c) Verhältnis zu anderen Ansprüchen	237
3. Anspruch aus § 2 Abs. 1 S. 2 HPflG	237
4. Anspruch aus den §§ 836–838 BGB	238

a) Anspruchsgegner	238
aa) Verantwortlichkeit nach § 836 BGB	239
bb) Verantwortlichkeit nach § 837 BGB	239
(1) Besitzverhältnisse und Haftung in Grundkonstellation ..	240
(2) Besitzverhältnisse und Haftung bei Sicherungsüber-eignung	241
(a) Eigenbesitzwille des Sicherungsnehmers	242
(b) Besitz in Ausübung eines Rechts	244
(c) Teleologische Extension des § 837 BGB	245
(d) Ergebnis	246
cc) Verantwortlichkeit nach § 838 BGB	246
dd) Mehrere Verantwortliche	247
b) Windenergieanlage als Gebäude oder Werk	247
aa) Erfüllen des Gebäude- und Werksbegriffs durch Wind-energieanlagen	247
bb) Besonderheiten bei Offshore-Windenergieanlagen	248
c) Einsturz oder Ablösen von Teilen	250
d) Rechts- bzw. Rechtsgutsverletzung aufgrund fehlerhafter Errichtung oder mangelhafter Unterhaltung und haftungs-begründende Kausalität	251
e) Keine Entlastung nach § 836 Abs. 1 S. 2 BGB	252
aa) Einschränkung der Verkehrssicherungspflicht	253
(1) Windenergieanlagen auf dem Festland	253
(2) Offshore-Windenergieanlagen	254
bb) Außergewöhnliche Wetterlagen	255
f) Ergebnis	255
5. Anspruch aus §§ 823 Abs. 1, 2, 831 Abs. 1 S. 1 BGB	256
a) Haftung des Betreibers, Betriebsführers, Grundstückseigen-tümers und Sicherungsnehmers nach § 823 Abs. 1 BGB	256
aa) Rechtswidrigkeit und Verkehrssicherungspflicht	257
(1) Windenergieanlagen auf dem Festland	257
(2) Offshore-Windenergieanlagen	258
bb) Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht	258
cc) Verkehrssicherungspflichtige Personengruppen	259
dd) Verschulden	260
ee) Ergebnis	260
b) Haftung des Betreibers und Betriebsführers nach § 823 Abs. 2 BGB	261
aa) Keine Schutzgesetzqualität des § 55 S. 1 Nr. 2 lit. a, d WindSeeG	261
bb) § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG als Schutzgesetz	262
c) Haftung des Betreibers und Sicherungsnehmers nach § 831 Abs. 1 S. 1 BGB	263

6. Zusammenfassung	265
II. Schäden durch Eisfall und Eiswurf	266
1. Keine Haftung nach §§ 836–838 BGB	266
2. Haftung nach § 823 Abs. 1, 2 BGB	267
3. Zusammenfassung	269
III. Schäden durch Brand und Ölaustritt	270
1. Brandschäden	271
2. Schädigungen durch Ölaustritt	274
3. Zusammenfassung	275
IV. Kollisionsschäden	275
1. Kollision von Schiffen mit Offshore-Windenergianlagen	276
a) Anspruch aus den §§ 836 ff. BGB	277
b) Anspruch aus §§ 823 Abs. 1, 831 Abs. 1 S. 1 BGB	278
2. Kollision von Luftfahrzeugen mit Windenergianlagen	280
3. Zusammenfassung	281
V. Spannungsschäden	282
1. Die Haftung des (Übertragungs-)Netzbetreibers bei Unterbrechung der Netzanbindung und Sachschäden	283
a) Haftung bei Offshore-Netzanbindung	284
aa) Vermögensschäden	284
bb) Sachschäden	286
b) Haftung bei Onshore-Netzanbindung	288
c) Ergebnis	289
2. Haftung des Windparkbetreibers	290
a) Anspruch aus § 280 Abs. 1 BGB	291
aa) Schuldverhältnis	291
bb) Pflichtverletzung und Verschulden	293
cc) Schaden und Haftungsbegrenzung	295
(1) § 10 Abs. 3 EEG als Rechtsfolgenverweisung	296
(2) Anwendbarkeit des § 18 Abs. 2 S. 2 NAV	297
(3) Keine Anwendung der §§ 10 Abs. 3 EEG, 18 Abs. 2 NAV auf geschädigte Dritte	299
dd) Ergebnis	300
b) Anspruch aus § 906 Abs. 2 S. 2 BGB	301
c) Anspruch aus § 32 Abs. 3 S. 1, Abs. 1 S. 1 EnWG	302
d) Anspruch aus §§ 823 Abs. 1, 831 Abs. 1 S. 1 BGB	303
e) Anspruch aus § 2 Abs. 1 S. 1 HPflG und § 1 Abs. 1 S. 1 ProdHaftG	306
f) Ergebnis	307
3. Zusammenfassung	307
VI. Zwischenfazit	308
C. Ökologische Schäden	310

I.	Räumliche und zeitliche Anwendbarkeit des USchadG	311
II.	Haftungsvoraussetzungen	312
1.	Berufliche Tätigkeit	313
2.	Verantwortlichkeit i. S. d. § 3 Abs. 1 Nr. 2 USchadG i. V. m. § 2 Nr. 3 USchadG	313
a)	Verantwortlichkeit aufgrund Ausübens der beruflichen Tätigkeit	314
b)	Verantwortlichkeit aufgrund Bestimmens der beruflichen Tätigkeit	315
3.	Verschulden nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 USchadG	317
a)	Kein Biodiversitätsschaden im Fall des § 19 Abs. 1 S. 2 BNatSchG	318
b)	Öffentlich-rechtliche Genehmigung als Verschuldenshindernis ..	319
aa)	Rechtswidrigkeit als Bezugspunkt öffentlich-rechtlicher Genehmigungen	319
bb)	Meinungsstand zur legalisierenden Wirkung von Genehmigungen im USchadG	320
cc)	Stellungnahme	321
dd)	Indizielle Wirkung öffentlich-rechtlicher Genehmigungen ..	323
c)	Verschuldenszurechnung	324
III.	Zwischenfazit	326
 <i>4. Kapitel</i> Versicherung		328
A.	Allgemeine Versicherungsbedingungen	329
B.	Betriebshaftpflichtversicherung	330
I.	Versicherungsfall	331
II.	Mitversicherte Personen	333
III.	Versichertes Risiko und Risikoausschlüsse	335
1.	Reichweite des im Versicherungsschein angegebenen Risikos	335
2.	Versicherungsschutz nur für inländische Betriebsstätten	336
3.	Haftpflichtrisiko aus Sachbesitz	338
4.	Schäden an Mietsachen	339
5.	Tätigkeitsschäden	340
6.	Vermögensschäden	342
7.	Erhöhung und Erweiterung des versicherten Risikos	343
8.	Risikoausschlüsse	345
IV.	Zusammenfassung	347
C.	Umwelthaftpflichtversicherung	348
I.	Versicherungsfall	348
II.	Versichertes Risiko und Risikoausschlüsse	350
1.	Erweiterte Deckung für Schäden im Ausland	352

2. Schäden an gepachteten Sachen	353
3. Erhöhung und Erweiterung des versicherten Risikos	353
4. Risikoausschlüsse	353
III. Aufwendungfersatz	354
IV. Zusammenfassung	358
D. Umweltschadensversicherung	359
I. Versicherungsfall	360
II. Versichertes Risiko und Risikoausschlüsse	360
1. Erfordernis einer Betriebsstörung	361
2. Erweiterte Deckung für Schäden im Ausland	362
3. Erhöhung und Erweiterung des versicherten Risikos	363
4. Risikoausschlüsse	363
III. Aufwendungfersatz	364
IV. Zusammenfassung	365
E. Zwischenfazit	365
Fazit	367
Literaturverzeichnis	373
Entscheidungsregister	396
Stichwortverzeichnis	410

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz/Absätze
AcP	Archiv für civilistische Praxis
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AHB	Allgemeine Bedingungen für die Haftpflichtversicherung
AIS	Automatic Identification System
AöR	Archiv für öffentliches Recht
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen
AVB BHV	Allgemeine Versicherungsbedingungen für die Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
BAGE	Sammlung der Entscheidungen des BAG
BAnz.	Bundesanzeiger
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BauR	Zeitschrift für das Baurecht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band/Bände
Bearb.	Bearbeiter
BeckRS	Beck-Online Rechtsprechung
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des BFH
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt

BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Sammlung der Entscheidungen des BGH in Zivilsachen
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz
BImSchV	Bundesimmissionsschutzverordnung
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BRS	Informationsdienst öffentliches Baurecht
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
BSH	Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des BVerfG
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Sammlung der Entscheidungen des BVerwG
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CLNI	Gesetz zu dem Straßburger Übereinkommen vom 4. November 1988 über die Beschränkung der Haftung in der Binnenschifffahrt
CuR	Contracting und Recht. Vierteljahresschrift für Energie-Contracting und Energieeffizienz
dass.	dasselbe
db (A)	Dezibel-A-Filter
ders.	derselbe
DEWI Magazin	Deutsche Windinstitut Magazin
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung
d. h.	das heißt
DIBt	Deutsches Institut für Bautechnik
dies.	dieselbe(n)
DJ	Deutsche Justiz
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DöV	Die öffentliche Verwaltung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStRE	Deutsches Steuerrecht – Entscheidungsdienst
DVBl.	Deutsche Verwaltungsblätter

DVP	Deutsche Verwaltungspraxis
EEG	Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EMVG	Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln
Environmental Health	Environmental Health Journal
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EnWZ	Zeitschrift für das gesamte Recht der Energiewirtschaft
Epilepsia	Official Journal of the International League Against Epilepsy
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
e. V.	eingetragener Verein
EWEA	European Wind Energy Association
EWeRK	Zeitschrift des Instituts für Energie- und Wettbewerbsrecht in der kommunalen Wirtschaft e. V.
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f./ff.	folgende(n) Seite(n)
FG	Finanzgericht
Fn.	Fußnote(n)
fortg.	fortgeführt
Frankfurt a. M.	Frankfurt am Main
FS	Festschrift
GBO	Grundbuchordnung
GBl.	Gesetzblatt
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.
General Technical Report	General Technical Report of the Department of Agriculture, Forest Service, Pacific Southwest Research Station
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GPS	Global Positioning System
Gruchot	Gruchots Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts
GS	Gedächtnisschrift
GV.	Gesetz- und Verordnungsblatt

GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVOBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
HANSA	HANSA – International Maritime Journal
HBÜ	Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen vom 19.11.1976
HGB	Handelsgesetzbuch
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
HPflG	Haftpflichtgesetz
Hrsg.	Herausgeber
HS.	Halbsatz
Hz	Herz
I+E	Zeitschrift für Immissionsschutzrecht und Emissionshandel
i. H. v.	in Höhe von
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRspr	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts
i. S.	im Sinne
i. S. d.	im Sinne des/der
i. S. v.	im Sinne von
IÜB	Internationale Übereinkommen von 1989 über Bergung
IÜZ	Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über den Zusammenstoß von Schiffen
i. V. m.	in Verbindung mit
JR	Juristische Rundschau
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
km	Kilometer
LAI	Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz
LBauO	Landesbauordnung
LG	Landgericht
lit.	litera
LQR	Law Quarterly Review
LuftfHKennzVO	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen

LuftVG	Luftverkehrsgesetz
m	Meter
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mio.	Million(en)
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
Mot.	Motive zu dem Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich der ersten Kommission (Bd. II Recht der Schuldverhältnisse, Bd. III Sachenrecht)
m/s	Meter pro Sekunde
MW	Megawatt
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NAV	Verordnung über allgemeine Bedingungen für den Netzzuschluss und dessen Nutzung für die Elektrizitätsversorgung in Niederspannung
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
notar	Monatsschrift für die gesamte notarielle Praxis
Nr.	Nummer(n)
NRG	Nachbarrechtsgesetz
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
OLG	Oberlandesgericht
ÖIHÜ	Internationales Übereinkommen von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWE-SRK	Offshore Windenergie – Sicherheitsrahmenkonzept BMVI
Phi	Haftpflicht International – Recht & Versicherung
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
Prot.	Protokolle zu dem Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich der 2. Kommission (Bd. II Recht der Schuldverhältnisse, Bd. III Sachenrecht)

RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdE	Recht der Energiewirtschaft
RG	Reichsgericht
RGBI.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer(n)
RNotZ	Rheinische Notarzeitschrift
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
r + s	Recht und Schaden
S.	Seite(n), Satz
SeeAnlG	Seeanlagengesetz
SeeAnlV	Seeanlagenverordnung
SeeStrOV	Verordnung zu den internationalen Regeln von 1972 zur Verhütung von Zusammenstößen auf See
Slg.	Sammlung
sm	Seemeilen
Solvabilität II-RL	Richtlinie 2009/138/EG betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit
SRÜ	Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen
s/ss	section/sections
sublit.	sublitera
t	Tonne(n)
tAi	The Australia Institute
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm
TranspR	Zeitschrift für das gesamte Recht der Güterbeförderung, der Spedition, der Versicherungen, des Transports, der Personalbeförderung (Transportrecht)
u. a.	unter anderem, und andere
UAbs.	Unterabsatz
UBA	Umweltbundesamt
UHRL	Umwelthaftungsrichtlinie 2004/35/EG
UHV	Umwelthaftpflichtversicherung
UmweltHG	Umwelthaftungsgesetz
ÜNB	Übertragungsnetzbetreiber

UPR	Umwelt- und Planungsrecht
Urt.	Urteil
USchadG	Umweltschadensgesetz
USV	Umweltschadensversicherung
usw.	und so weiter
v.	von
v. a.	vor allem
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VDE	Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informations-technik e.V.
Versorgungswirtschaft	Monatszeitschrift für Betriebswirtschaft, Wirtschaftsrecht und Steuerrecht der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke sowie kommunalen Unternehmen
VersR	Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadens-recht
VerwRspr	Verwaltungsrechtsprechung in Deutschland Sammlung ober-gerichtlicher Entscheidungen aus dem Verfassungs- und Ver-waltungsrecht
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
VO	Verordnung
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VW	Versicherungswirtschaft
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WaStrG	Bundeswasserstraßengesetz
WBKostDG	Wrackbeseitigungskostendurchsetzungsgesetz
WBÜ	Internationales Übereinkommen von Nairobi von 2007 über die Beseitigung von Wracks
WEA	Windenergieanlage(n)
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WHÜ	Übereinkommen über die völkerrechtliche Haftung für Schä-den durch Weltraumgegenstände
Windblatt	Enercon Magazin für Windenergie
Wind Engineering	Wind Engineering Journal
WindSeeG	Gesetz zur Entwicklung und Förderung der Windenergie auf See
WM	Wertpapiermitteilungen
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht

WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht
YbPIL	Yearbook of Private International Law
z. B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZfBR-Beil.	Zeitschrift für internationales Bau- und Vergaberecht-Beilage
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht
ZfV	Zeitschrift für Versicherungswesen
ZfW	Zeitschrift für Wasserrecht
Ziff.	Ziffer(n)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZNER	Zeitschrift für neues Energierecht
ZNotP	Zeitschrift für die Notarpraxis
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

Einleitung

Mit der Abkehr der deutschen Politik von der Atomenergie als fundamentaler Quelle der inländischen Energieerzeugung wurde in Deutschland das Zeitalter der erneuerbaren Energien eingeläutet. Sie sollen bis zum Jahr 2050 gemäß § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 EEG¹ 80% des Bruttostromverbrauchs abdecken und so nicht nur die Lücke, die die weichende Kernenergie hinterlässt, ausfüllen, sondern auch die fossilen Energieträger weitestgehend ersetzen. Die erneuerbaren Energien leisten schon derzeit mit ca. 31% der Bruttostromerzeugung einen gewichtigen Beitrag zu diesem Ziel.² Innerhalb der erneuerbaren Energien kommt der Windenergie mit einem Anteil von ca. 49,8% an der Stromerzeugung eine bedeutende Rolle zu. Ein Blick auf diese Zahlen macht deutlich, dass sich die Nutzung der Windenergie fest in den Energiemix der erneuerbaren Energien integriert hat. So drehten sich zum Ende des Jahres 2017 ca. 28.000 WEA auf dem deutschen Festland mit einer elektrischen Gesamtleistung von ca. 50.469 MW³ und ca. 968 WEA⁴ vor den deutschen Küsten mit einer Gesamtleistung von ca. 5.407 MW⁵.

Neue Technologien, die v.a. durch eine immer größere Bauweise geprägt sind, ermöglichen es, auch in windärmeren Gebieten lukrativ die Windkraft zur Energiegewinnung zu nutzen und Offshore-WEA in immer größerer Entfernung zum Festland zu betreiben. So ist der Bau von WEA mit einer Nabenhöhe⁶ von 120 m nicht mehr die Ausnahme, sondern vielmehr die Regel. Selbst Anlagen mit einer Nabenhöhe von bis zu 160 m und einem Rotor-durchmesser von bis zu 140 m sind derzeit schon auf deutschem Boden installiert.⁷ Aufgrund der begrenzten Installationsfläche auf dem Festland hat sich zudem das sogenannte Repowering in der Branche etabliert. Bei diesem wird eine Leistungsoptimierung dadurch erreicht, dass alte Anlagen oder Anlagenteile durch neue und leistungsstärkere WEA bzw. Bauteile ersetzt

¹ Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien v. 21.07.2014, BGBl. I S. 1066.

² BMWi, Erneuerbare Energien in Zahlen, S. 39.

³ UBA, Erneuerbare Energien in Deutschland, S. 9.

⁴ UBA, Emissionsbilanz erneuerbarer Energieträger, S. 49 (Stand: Ende 2016).

⁵ UBA, Erneuerbare Energien in Deutschland, S. 10.

⁶ Die Nabenhöhe bezeichnet die Höhe der Anlagen gemessen vom Fundament bis zur Mitte der Aufhängung der Rotorblätter.

⁷ Siehe nur die E-141 EP4 WEA der Firma Enercon mit einer Turmhöhe von 159 m, Enercon GmbH, Windblatt 02/2017, 17.

werden. Auch ein Blick auf die Offshore-Windenergieindustrie lässt erkennen, dass die Branche weiterhin am Wachsen ist. Derzeit sind schon über 10 Windparks in der Nordsee und 2 Windparks in der Ostsee in Betrieb und an das Netz angeschlossen. Gleichzeitig befinden sich nochmal genauso viele Windparks in der Konstruktionsphase bzw. warten auf den Netzanschluss. Von den um die 40 genehmigten Offshore-Windparks Deutschlands ist der Großteil in der deutschen Nordsee gelegen, wohingegen lediglich 4 Windparks in der deutschen Ostsee angesiedelt sind. Dutzende weitere Anlagen befinden sich derzeit in der Planungs- bzw. Finanzierungsphase. Die Ausbauphase ist damit noch lange nicht beendet. Vielmehr ist in der Nordsee ein Ausbau bis hin zur Doggerbank in 200 km Entfernung zum deutschen Festland in Planung.

Im Vergleich zu konventionellen Kraftwerken, die mithilfe fossiler Energieträger oder der Nuklearenergie Elektrizität erzeugen, geht von WEA ein etwas anders gelagertes Risiko im Hinblick auf die Beeinträchtigung von Rechten und Rechtsgütern Dritter aus. Das Schädigungspotential von konventionellen Kraftwerken ist v.a. in dem Ausmaß eines Schadens und der Reichweite schädlicher Emissionen begründet. Dementgegen ist die Reichweite und das Ausmaß schädlicher Einwirkungen, die von WEA auf ihr Umfeld ausgehen, vergleichsweise gering. Durch das fortwährende Zusammenrücken von menschlichem Lebensraum und den Betriebsstätten von WEA wird diese Gefahrenlage allerdings relativiert. So existieren keine anderweitigen Kraftwerke, die in vergleichbarer Weise wie WEA in den gesellschaftlichen Lebensraum und in die Natur integriert sind. Daraus erwächst nicht nur eine besondere Gefahrenlage im Hinblick auf störungsbedingte Einwirkungen, sondern auch eine intensivere Belastung durch Einwirkungen, die in dem störungsfreien Normalbetrieb von WEA angelegt sind. Haftungsrechtlich problematisch sind so z.B. Beeinträchtigungen durch Geräusche, Schattenwurf, herabfallende Anlagenteile und abgeworfenes Eis, elektrische Rückwirkungen im Einspeisungsnetz und die Hindernisbildung für den Schiffsverkehr.

Eine Auseinandersetzung mit den haftungsrechtlichen Aspekten, die aus dem Betrieb von WEA erwachsen, hat in Rechtsprechung und Schrifttum trotz der zunehmenden Anlagenzahl und gesellschaftlichen Relevanz von WEA bisher nur stellenweise stattgefunden. Die Materie ist dabei in mehrreihig komplex. Ein grundlegendes Problem ergibt sich schon daraus, dass hinsichtlich bestimmter Einwirkungen keine hinreichenden Erfahrungswerte vorliegen. Aber auch die rechtliche Beurteilung der verschiedenen mit dem WEA-Betrieb typischerweise zusammenhängenden Haftungsszenarien gestaltet sich schwierig. So ist nicht nur die Anwendbarkeit einzelner Normen des Haftungsrechts auf diese Schadenszenarien unklar, sondern ist für die Beantwortung dieser Frage regelmäßig die Klärung vorgelagerter Pro-

bleme im Zusammenhang mit WEA wie die Bestimmung des auf Offshore-WEA anzuwendenden Haftungsregimes notwendig. Eine innerhalb der verschiedenen Haftungsszenarien konstante Schwierigkeit ergibt sich zudem daraus, dass an Windparkprojekten eine Vielzahl an Personen mitwirken und so der Kreis potentiell haftender Personen stets einer genauen Differenzierung bedarf. Die sich aus den verschiedenen Schadenskonstellationen in der Betriebsphase von WEA ergebenden Problemstellungen im Hinblick auf die haftungsrechtliche Beurteilung gilt es herauszuarbeiten und Lösungswege zu entwickeln. Durch eine erstmalige umfangreiche Aufbereitung der Materie soll ein Fundament für die Behandlung zukünftiger Haftungsfälle und für die bessere Einschätzung des Betriebsrisikos geschaffen werden. Dies macht es auch erforderlich, das versicherungsrechtliche Gewand, das mit den Haftungsfragen korrespondiert, zu beleuchten. Nur aus der Betrachtung der bestehenden Haftungsrisiken und deren Deckung durch entsprechende Haftpflichtversicherungen ergibt sich ein vollständiges Bild der tatsächlich bestehenden Haftungsrisiken beim Betrieb von WEA.

Die Untersuchung der Haftungsrisiken beim Betrieb von auf dem Festland und auf See installierten WEA macht es notwendig, vorerst das auf die Haftungsfälle im Zusammenhang mit Offshore-WEA anzuwendende Recht (1. Kapitel) und die Eigentumsverhältnisse an WEA (2. Kapitel), die häufig auf fremdem Grund und Boden installiert werden, zu bestimmen. Erst danach ist es möglich, die verschiedenen Schadenskonstellationen im Hinblick auf ihre haftungsrechtliche Relevanz und Besonderheiten hin zu beleuchten (3. Kapitel). Auf dieser Grundlage lassen sich die Besonderheiten eines Haftpflichtversicherungsschutzes untersuchen (4. Kapitel).